

Präs: 13. März 2003 Nr.: 2057/J-BR/2003

ANFRAGE

der Bundesräte Gasteiger
und GenossInnen
an den Bundesminister für Landesverteidigung
betreffend Reformpläne im Bereich des Landesverteidigungsministeriums

In den letzten 10 Jahren hat das Österreichische Bundesheer schon drei Reformen, mit höchst unterschiedlichem Erfolg erlebt.

Viele dieser Reformen waren vom Sparzwang beseelt, das Budget ist jedenfalls schon jetzt auf einem äußerst bescheidenen Niveau angelangt.

Der Verteidigungshaushalt war im Vorjahr mit knapp 1,7 Milliarden Euro ausgestattet, das sind nicht einmal 0,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. In Europa gibt nur noch Luxemburg im BIP-Vergleich weniger aus.

Gleichzeitig bewegt sich der Verschuldungsgrad des österreichischen Bundesheeres in Richtung 50%! Mit Personalkosten von über 60 % des Heeresbudgets wäre das Bundesheer de facto jetzt schon pleite!

Die SPÖ hat im Rahmen der laufenden parlamentarischen Auseinandersetzung eindringlich davor gewarnt, dass für die österreichische Landesverteidigung, bedingt durch den Ankauf der sündteuren „Eurofighter“ Kampfflugzeuge, nicht genügend budgetäre Mittel zur Verfügung stehen.

Es bleibt dadurch kein Spielraum für wirklich notwendige Beschaffungen, die dem Schutz und der Sicherheit der Soldaten dienen. Notwendig sind Investitionen in neue Kampfanzüge, LKW, Pionier- und Funkgeräte.

Nun wurde der „geheime ÖVP - Sparplan“ durch eine Indiskretion in der Tageszeitung „Die Presse“ veröffentlicht.

Die Eckpunkte stellen sich wie folgt dar:

Das Bundesheer soll noch innerhalb dieser Legislaturperiode völlig neu strukturiert werden.

1. Mischung aus Berufs- und Milizheer;
2. Reduzierung der Wehrdienstzeit von acht auf sechs Monate;

3. Zwei Wehrdienst-Varianten - eine mit und eine ohne Waffe; wobei letztere vor allem auf Katastrophenhilfe, Naturschutz etc. abzielen würde.
4. Schließung von Kasernen;
5. Sparen bei den Truppen-Kosten um bis zu 30 Prozent.
6. Das Bundesheer soll verkleinert werden;
künftig 15.000 Berufssoldaten, die auch für die Petersberger Aufgaben eingesetzt werden, sowie einer freiwilligen Miliz plus Wehrdienern.
7. Eine Reformkommission soll bis Jahresende die Grundlagen erarbeiten, spätestens 2006 soll es weitgehend umgesetzt sein.

Diese Vorhaben finden sich aber weder im Regierungsübereinkommen noch in der Regierungserklärung.

Die unterzeichneten Bundesräte vermuten, dass diese Ankündigungen, die insgesamt sehr unausgegoren und konzeptlos wirken, nicht die Handschrift seriöser Verteidigungspolitik tragen.

Das ist eher ein schlagzeilenorientiertes Ablenkungsmanöver, mit dem der Abfangjägerkauf, der von großen Teilen der Bevölkerung abgelehnt wird, überdeckt werden soll.

Es ist weiters verwunderlich, dass sich SPÖ-Reformpunkte, die früher mit polemischer Kritik der ÖVP versehen wurden, heute im "ÖVP - Geheimpapier" niedergeschrieben sind.

So stellt eine vertretbare Reduzierung der Verkürzung der Wehrpflicht - nach dem Ende des Assistenz Einsatzes an der EU-Aussengrenze - eine langjährige Forderung der SPÖ dar.

Der neue Verteidigungsminister hat laut einer Aussendung diese elementaren Veränderungsprojekte in seinem Ressort wie folgt kommentiert:

"Über derartige Pläne, die u.a. eine Verkürzung der Wehrpflicht vorsehen, ist mit dem Minister jedenfalls noch nicht gesprochen worden".

Die Grundlagen einer verantwortungsvollen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sind Glaubwürdigkeit, Vertrauen und Kompetenz, diese Grundlagen scheinen zurzeit nicht vorzuliegen.

Es ist den unterzeichneten Bundesräten wichtig festzuhalten, dass ein Bundesminister kein Befehlsempfänger von Parteizentralen, sondern den Österreichern und Österreichern verantwortlich ist.

Bei den großen Heeresfragen müssen alle Parteien eingebunden werden. In der Sicherheits- und Verteidigungspolitik muß kooperiert werden. Jedenfalls ist in diesen Fragen ein breiter gesellschaftlicher Konsens unter Einbeziehung der Personalvertreter und Entscheidungsträger des Ressorts anzustreben.

Die unterzeichneten Bundesräte fordern Verteidigungsminister Platter auf, seine Pläne für die Neugestaltung des österreichischen Bundesheeres vorzulegen und so eine fundierte Diskussion zu ermöglichen.

Daher richten die unterzeichneten Bundesräte an den Bundesminister für Landesverteidigung nachstehende

Anfrage:

1. Wie sieht das Modell der Mischung aus Berufs- und Milizheer aus?
2. Wann wird dieses Modell umgesetzt?
3. Kommt es zur Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht?
Wenn ja, wann?
Wenn nein, warum nicht?
4. Kommt es zur Reduzierung der Wehrdienstzeit von acht auf sechs Monate?
Wenn ja, wann?
Wenn nein, warum steht das in dem Geheimpapier?
5. Wie viele BerufssoldatInnen wird es im Endausbau geben?
6. Wie viele MilizsoldatInnen wird es im Endausbau geben?
7. Wird es ein neues Dienstrecht für BerufssoldatInnen geben?
Wenn ja, wann?
Wenn nein, warum nicht?
8. Werden Sie das Prinzip der Freiwilligkeit für Auslandseinsätze abschaffen?
Wenn ja, wann?
Wenn nein, warum nicht?
9. Wie hoch ist die Vorbelastung im Verteidigungsbudget Ende Feber 2003?
10. Wie hoch war die Vorbelastung im Verteidigungsbudget Ende Feber 2002?
11. Wie hoch war die Vorbelastung im Verteidigungsbudget Ende Feber 2001?
12. Wie hoch war die Vorbelastung im Verteidigungsbudget Ende Feber 2000?
13. Wie werden die zwei Wehrdienst-Varianten - eine mit und eine ohne Waffe - ausgestaltet werden?

14. Wann werden sie welche Kasernen schließen?
15. Wie wollen sie bei den Truppen bis zu 30 Prozent sparen?
16. Wo wollen sie bei den Truppen bis zu 30 Prozent sparen?
17. Welche Waffengattungen werden sie auflassen?
18. Welche Verbände werden aufgelassen?
19. Welche Verbände werden verstärkt?
20. Wie hoch ist der Personalstand der Soldaten im Bereich des Bundesministeriums für Landesverteidigung (auch länger Dienende) Ende 2002?
21. Wie hoch ist der Personalstand an Zivilpersonen im Bereich des Bundesministeriums für Landesverteidigung Ende 2002?
22. Um wie viel und wann soll der Personalstand bei den Soldaten im Bereich des Bundesministeriums für Landesverteidigung (auch länger Dienende) verkleinert werden?
23. Um wie viel und wann soll der Personalstand bei den Zivilpersonen im Bereich des Bundesministeriums für Landesverteidigung (auch länger Dienende) verkleinert werden?
24. Wer wird in der -im Regierungsprogramm festgeschriebenen - Reformkommission vertreten sein?
25. Wann wird diese Reformkommission ihre Arbeit aufnehmen?
26. Werden Sie einen mehrjährigen Investitionsplan mit Prioritätenreihungen vorlegen?
Wenn ja wann?
Wenn nein, warum nicht?